

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.), Tel. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz, Tel. (075) 2 21 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94, Postcheck Nr. IX / 2988



Anzeigenpreise: Die 1spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
Inland 8 Rp. 21 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
Uebrig. Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
Ausland 13 Rp. 29 Rp.
Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Organ für amtliche Kundmachungen

Die Wirtschaft in der sozialen Verantwortung

Wie wir bereits in einem früheren Tagungsbericht kurz erwähnen konnten, hielt Staatssekretär Prof. Dr. Alfred Müller-Armack aus Bonn als Vertreter von Bundesminister Dr. Erhart vor den christlichen Politikern des Bodenseeraumes in St. Gallen ein Referat, in welchem der Redner soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme behandelte, die heute die christlichen Parteien auf der ganzen Welt mehr denn je beschäftigen. Es rechtfertigt sich daher, auf dieses Referat näher einzugehen, nachdem es Fragen behandelt, die auch in unserem Lande immer mehr aktuell werden, und deshalb diskutiert werden sollten.

Die Rede dieses bekannten CDU-Politikers hinterließ schon bei den über 300 Tagungsteilnehmern, unter denen sich bekanntlich auch Vertreter der beiden politischen Parteien unseres Landes befanden, nachhaltigen Eindruck. Wir hoffen, daß die nachfolgend zitierte Zusammenfassung auch bei unserer Leserschaft auf ein breites Interesse stößt, kommen darin doch Fragen zur Sprache, die von größter Tragweite sind und die jeden von uns in irgend einer Weise treffen. Wenn wir von einer Veröffentlichung des ganzen Referates Abstand nahmen und nur einer Zusammenfassung mit den wesentlichsten Punkten Raum gaben, so wollten wir unserer geschätzten Leserschaft entgegenkommen, nachdem wir wissen, daß längere Artikel, die in Fortsetzungen erscheinen müssen, vielfach nicht erwünscht sind.

Die Redaktion.

Hauptreferent neben Nationalratspräsident Dr. Figl war in Vertretung des verhinderten Vizekanzlers Prof. Erhard dessen engster Mitarbeiter und Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, Prof. Dr. Alfred Müller-Armack. Er ging in seinem Thema

„Die Wirtschaft in der sozialen Verantwortung“ von der Ueberlegung aus, daß jedes wirtschaftspolitische Programm von Zeit zu Zeit der Ueberprüfung auf seinen christlichen Gehalt hin bedürfe. Die soziale Marktwirtschaft habe in zwölf Jahren in der Bundesrepublik persönliche Freiheit und soziale Sicherheit in Einklang gebracht, das Versorgungsproblem gelöst und einen Wohlstand geschaffen, der sich im Ansteigen der Spartätigkeit und einer breiteren Streuung des Eigentums zeige. Wenn trotzdem die Sicherung der Arbeitsplätze und die hohe Konjunktur nicht die erwartete soziale Befriedung gebracht haben, so offenbare sich darin eine Schwäche der freien Gesellschaft. Geringe Preisschwankungen lösten Unruhe aus und die Politiker werden immer wieder vor die Frage gestellt „Wo liegen die Gründe der allgemeinen Unruhe?“ Gegen diese Erregbarkeit habe die Wirtschaftspolitik kein Mittel gefunden. Dahinter stehe die Angst vor einer schleichenden Geldentwertung und einem Wechsel der Konjunktur. Der einzelne könne den Mechanismus der Wirtschaft nicht mehr übersehen, obwohl die Regierungen heute ausreichend Möglichkeiten haben, Rückschläge in der Wirtschaftsentwicklung zu verhindern und die Währungsstabilität zu sichern. Die freie Gesellschaft habe die Möglichkeit dessen, was für den einzelnen zu tun sei, bisher nicht ausgeschöpft. Eine durch die industrielle Expansion durcheinandergeratene Gesellschaft brauche ein neues Maß für die Lebensform. Die Soziale Marktwirtschaft stehe damit am Beginn einer neuen Phase und bedarf eines neuen wirtschaftspolitischen Leitbildes. Man dürfe sich mit dem Erreichten nicht begnügen, sondern müsse eine neue Zielsetzung entwickeln.

Die zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft muß berücksichtigen, daß der Mensch sich als einzelner gegenüber dem Ganzen der Gesellschaft und gegenüber den Mechanismen unsicher fühlt, und daß er in Gruppen und Verbände flüchtet, um seiner Unruhe Herr zu werden. Wir

werden künftig wirtschaftspolitische Ziele nur erreichen, wenn wir sie ergänzen durch ein gesellschaftspolitisches Programm. Ethische Appelle greifen ins Leere, wenn dahinter keine Werte stehen.

Die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft waren möglich, weil sie ein konkretes Programm hatte. Jetzt sei eine idelle Zielsetzung in die konkrete Aktion einzuordnen. Die Frage lautet: Wie kann man die Gesellschaftspolitik in freier Ordnung wirtschaftspolitisch gestalten? Dieses gesellschaftspolitische Problem hat jetzt vor den rein ökonomischen Ueberlegungen Vorrang. „Eigentum für alle“ treffe dieses Problem nur am Rande. Eine mittelständische Politik genüge nicht mehr. Ebenso wichtig, wie die Selbständigkeit zu erhalten, sei es, Wege zu neuer Selbständigkeit zu eröffnen.

Der Redner nannte einige solche Aufgaben, die die Gesellschaftspolitik lösen müsse, um die Gesamtgesellschaft neu zu gestalten.

1. Weil wir künftig höchst qualifizierte Arbeitskräfte brauchen, ist in viel stärkerem Maße „in geistigem Kapital zu investieren“. Hochschulen und das übrige Schulwesen müssen gefördert werden, um qualifizierte Arbeiter, Techniker und Forscher heranzubilden.
2. Im weitesten Sinne ist Selbständigkeit zu schaffen. Das darf sich nicht auf einzelne Gruppen beschränken, sondern gilt für die verschiedenartigsten Berufe. Wichtig ist es aber auch, der Tätigkeit unselbständiger Arbeitskräfte durch neue Aufgliederung ihrer Tätigkeiten im Rahmen des Betriebsganzen einen

weiteren Spielraum und damit eine relative Selbständigkeit zu geben.

3. Sicherung der Freiheit und ihrer Erfolge in der Wirtschaft durch Währungsstabilität, durch institutionelle und übernationale Maßnahmen über die herkömmliche Konjunkturpolitik hinaus, etwa durch eine Konjunktursicherung auf atlantischer Basis im Sinne der neu zu gestaltenden OEEC. Dem einzelnen Menschen, der sich in der Gesellschaft hilflos fühlt, soll in seiner Unrast die Furcht vor dem Mechanismus der Wirtschaft und der Behörden genommen werden.
4. Da der einzelne einen wesentlichen Teil seines Lebens im technischen Bereich der täglichen Berufsarbeit verbringt, gilt es als Politik jenseits des Ökonomischen, die Umwelt des Betriebes umzugestalten. Die Gesetzgebung muß in der Umweltpolitik vorstoßen, bis zur allgemeinen Umgestaltung der Umwelt im öffentlichen Leben. Zusätzlich muß man Probleme der sozialen Umwelt anpacken. Raumordnung und Raumplanung sind nicht gelungen. Durch Preissenkungen müssen technische Fortschritte größeren Kreisen zur Verfügung gestellt werden.

Staatssekretär Müller-Armack kam anschließend auf die Hilfe an die Entwicklungsländer zu sprechen, die nicht nur das in Industriestaaten erfolgreiche Wirtschaftssystem auf Länder übertrage, deren Versorgungsproblem noch nicht gelöst seien, sondern gleichzeitig die eigene Außenhandelspolitik fördere, und versicherte, daß im Bonner Wirtschaftsministerium die Hoffnung nicht aufgegeben werde, ein gesamt-europäischer Wirtschaftszusammenschluß zustande zu bringen.

Auswirkungen der EFTA

Die Bundeskanzlei veröffentlicht im Auftrag des Bundesrates folgende Mitteilung:

„Vom heutigen Tag an werden die Wirkungen der Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Freihandels-Assoziation in unserem Wirtschaftsleben spürbar werden.“

Die EFTA umfaßt neben der Schweiz Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Oesterreich, Portugal und Schweden. Das Stockholmer Uebereinkommen, auf welchem die EFTA beruht und welches im März dieses Jahres von den eidgenössischen Räten genehmigt wurde, bringt ab heute eine zwanzigprozentige Senkung der Zölle auf den innerhalb der sieben Länder ausgetauschten industriellen Waren. Es ist dies die erste Etappe auf dem Wege, der in späteren 10 Jahren zur völligen Abschaffung der Handelschranken innerhalb der EFTA führen soll.

Die schweizerischen Erzeugnisse, die nach den sechs andern Mitgliedstaaten der EFTA ausgeführt werden, kommen vorerst einmal in den Genuß dieser Zollsenkung von zwanzig Prozent, die sich im Laufe der Zeit stufenmäßig bis zur völligen Zollfreiheit entwickeln wird. Die schweizerischen Fabrikanten und Exporteure gewinnen auf diese Weise immer freieren Zugang zu den Märkten, die 90 Millionen Verbraucher umfassen und deren Lebensstandard durchschnittlich einer der höchsten der Welt ist.

Der 1. Juli 1960 bedeutet die Beteiligung der Schweiz an einer neuen Phase der Bestrebungen, die zur wirtschaftlichen Integration Europas führen. Dank den beispiellosen Erfolgen der 10-jährigen Zusammenarbeit im Rahmen der OEEC (Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit) können die europäischen Länder nunmehr die Beseitigung der letzten, aber auch ältesten Handelsschranken, die sie voneinander trennen, das heißt der Zölle, an die Hand nehmen. Der sich daraus ergebende freie Warenverkehr wird eine Erhöhung des Lebensstandards der beteiligten Völker ermöglichen, der um so erheblicher sein wird, als die Zahl der bei dieser wirtschaftlichen Integration zusammenwirkenden Länder wächst.

Deshalb besteht das Endziel der EFTA in der Schaffung eines großen freien europäischen Marktes, der mindestens alle achtzehn bisherigen Mitgliedstaaten der OEEC umfassen soll. Damit die heute gefährdete wirtschaftliche Einheit Europas wieder hergestellt werden kann, darf dieser große Markt weder die Beteiligung von Staaten ausschließen, die wie die Schweiz ihre Unabhängigkeit und politische Selbständigkeit bewahren wollen, noch die Schaffung einer räumlich enger umrissenen politischen Gemeinschaft verunmöglichen, wie sie von den sechs Mitgliedstaaten der EWG angestrebt wird.

Der Beitritt der Schweiz zur EFTA erfolgt in der festen Ueberzeugung, daß sie damit einen positiven Beitrag zu den auf die wirtschaftliche Einheit Europas abzielenden Bestrebungen leistet.“

Fürstentum Liechtenstein

Delegiertenversammlung des Landessportverbandes.

Am vergangenen Sonntag wählte die von annähernd 60 Delegierten besuchte Delegiertenversammlung des Landessportverbandes die neue Verbandsleitung für eine Amtsdauer von drei Jahren. Noch vor den fälligen Wahlen wurde der zurückgetretene bisherige Präsident Hans Ritter, der dem Landessportverband seit seiner Gründung im Jahre 1937 als Präsident vorgestanden hatte, in Anerkennung seiner Verdienste um den liechtensteinischen Sport einstimmig und unter Beifall zum Ehrenpräsidenten des Landessportverbandes erkoren. (Wir freuen uns über diese wohlverdiente Ehrung und gratulieren auch von uns aus herzlich!) Im weiteren beschloß die Delegiertenversammlung, die Zahl der Vorstandsmitglieder von 5 auf 7 zu erhöhen.

Zum neuen Präsidenten des Landessportverbandes konnte mit Vicevorsteher Hans Verling eine markante Persönlichkeit des liechtensteinischen Sportes erkoren werden. Während die

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Eine Unsitte macht sich breit . . .

Auch an den Straßen unseres Landes mehren sich die Fälle, da Automobilisten von meist ausländischen Jugendlichen angehalten werden, um per Autostop weiter reisen zu können. Darunter befinden sich Jugendliche, kaum der Schule entwachsen, Buben und Mädchen, die sich in den Kopf setzen, per Autostop halb Europa abzurufen. Viele Automobilisten fahren aus prinzipiellen Gründen weiter, aber es gibt auch solche, die es nicht übers Herz bringen, diese Zugvögel ohne Flügel, stehen zu lassen. Bei allem Verständnis für diese romantische Reiseart muß aber gesagt werden, daß durch dieses Anhalten auf freier Straße die Unfallgefahr erhöht werden. Dies hat in Deutschland bereits dazu geführt, daß auf Autobahnen der Autostop verboten wurde. Von gewissen Gefahren, die den Jugendlichen hiebei warten, soll hier gar nicht gesprochen werden. — Nicht umsonst wurde schon ein internationales Verbot in Erwägung gezogen. Auf jeden Fall ist das Reisen per Autostop ein Unfug; deshalb sollte man diesen auch in unserem Lande nicht dulden.

Ein Autofahrer.

Redaktionelle Mitteilung:

Zum Thema Schulausflüge erhielten wir vom Schulkommissariat unseres Landes eine begrüßenswerte Orientierung, indem uns der Wortlaut eines Rundschreibens des Landesschulrates bekanntgegeben wurde, das bereits im Monat Februar an alle Schulen des Landes erging. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Es wird grundsätzlich festgehalten an 1 (einem) Ausflugstag. Nur für die 3. Klasse Realschule werden 2 Tage erlaubt. Der Landesschulrat ist der Auffassung, daß die Ausflüge der Unterstufe in der engeren Heimat gemacht werden sollen und ebenso für die andern Klassen jedes andere Jahr. Es ist auch nicht statthaft, daß bei einem Ausflug von 1—2 Klassen in größeren Schulen alle übrigen Klassen schulfrei haben.“

Viele Eltern werden H. H. Schulkommissär Ernst Nigg für diese Aufklärung dankbar sein!

bisherigen Mitglieder Xaver Frick und Tony Meier, sowie Edwin Nutt als Sekretär, erneut bestätigt wurden, gehören dem Obersten Sportkomitee als weitere Mitglieder neu an: Dr. Otto Hasler, Rudolf Kaufmann und Bernhard Marxer.

Schasaplana-Tour des LAV.

Der Liechtensteinische Alpenverein hat das Tourenprogramm für 1960 zusammengestellt und dieses geht den Mitgliedern dieser Tage zu. Als erste Tour ist die alljährliche Schasaplana-Tour vorgesehen, die bereits am 9. und 10. Juli unternommen wird. Es ist zu erwarten, daß diese Tour wie jedes Jahr eine Schar von Bergfreunden anlockt.

Die Teilnehmer treffen sich am Samstag-Abend auf der Pfälzer-Hütte. Sonntag früh ist hl. Messe auf dem Bettlerjoch, nachher gemeinsamer Abmarsch nach der Schasaplana. Der Abstieg wird dieses Jahr wieder über Lünsersee nach Brand führen. Von Brand weg sorgt der LAV für die Rückfahrt.